

# Schlaglicht

## ÄRGER MIT DEN SCHÄDELN IM SCHRANK!

Reinhart Köbler



Wer meint, Deutschland relative koloniale Unbelastetheit attestieren zu können, wurde am 30. September 2011 eines Besseren belehrt. Die Rückgabe von 20 Schädeln, die vor einem guten Jahrhundert zwecks rassekundlicher Forschungen aus „Deutsch-Südwest“ verschleppt wurden und in die Gewahrsam der Berliner Charité gelangt waren, endete in Protesten und dem großlosen Auszug der Staatsministerin Cornelia Pieper vom Auswärtigen Amt. Der Anlass löste ein großes Presseecho aus. Tausende kamen wenige Tage später zur Begrüßung der nach Berlin gereisten Delegation, als diese mit den Schädeln auf dem Windhoek Flughafen ankam. Sie erhoben vernehmlichen Protest gegen das Verhalten der Bundesregierung.

Was sich durchaus als Kommunikationsdesaster der Bundesregierung beschreiben lässt, war der Höhepunkt einer Ereignisfolge, die Konsequenz einer längerfristigen Politik ist. Unabhängig von ihrer Couleur vermeiden es die Bundesregierungen seit der Unabhängigkeit Namibias 1990 peinlichst, das beim Namen zu nennen, was auch im Hintergrund der Übergabe der Schädel steht: den Völkermord, der 1904–1908 von der deutschen Schutztruppe verübt wurde. In den 1990er Jahren verweigerten Bundeskanzler und Bundespräsident Treffen mit Opfergruppen; 2003 schloss Außenminister Josef Fischer eine „entschädigungsrelevante Entschuldigung“ aus.

Wenn jetzt in der regierungsamtlichen Presseerklärung nur von „nach Deutschland verbrachten Schädeln verstorbener Angehöriger der Volksgruppen der Herero und Nama“ die Rede ist, werden die Verbrechen gegen die Menschheit verschwiegen, die ihren Tod erst verursacht haben. Die viel beachtete Entschuldigung, die die damalige BMZ-Ministerin Wiczorek-Zeul 2004 auf der Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Schlacht am Waterberg ausgesprochen hat, erweist sich aus heutiger Perspektive als mutiger Schritt, der aber hinter einer offiziellen Entschuldigung zurückblieb. Die Linie, Schuld und Verantwortung des deutschen Staates nicht einzugestehen, um möglichen Reparationsansprüchen vorzubeugen, wurde nie verlassen. Mit der Weigerung, den als Delegationsleiter angereisten namibischen Minister offiziell zu empfangen und das Übergabeprotokoll für die Schädel zu unterschreiben, fügte die Bundesregierung noch einen Affront hinzu.

So warten die Nachfahren der Opfer nach wie vor darauf, dass ihre Forderungen überhaupt ernst genommen werden: Anerkennung des Völkermordes und ein ernsthafter Dialog. Ein solcher Prozess darf materielle Entschädigung nicht ausschließen, doch steht die Anerkennung des zugefügten Leids und Unrechts im Vordergrund. Zudem sind Formen symbolischer Politik gefragt: Neben der Rückgabe von menschlichen Überresten und geraubten Kulturgütern betrifft dies etwa auch den Dialog darüber, wie das Geschehene künftigen Generationen nahe gebracht werden soll. Die deutsch-polnische oder deutsch-französische Schulbuchkommission könnte hier Modell stehen.

## EDITORIAL

Im letzten Newsletter dieses Jahres berichten wir vornehmlich über außerordentliche Aktivitäten des Instituts, d.h. über Tätigkeiten der Mitarbeiter, die außerhalb ihrer zentralen Forschungsarbeiten liegen. Da ist zunächst das Engagement zur Rückführung der Schädel nach Namibia zu nennen. Sie wurden während der deutschen Kolonialzeit zu äußerst fragwürdigen Zwecken nach Berlin – und übrigens auch nach Freiburg – gebracht. Zum anderen wird über einen Exposure-Aufenthalt in Uganda berichtet – ein Basiserlebnis, das sich auch für langjährige Kenner Afrikas als sehr wertvoll erweisen kann. Mit dem Interview zum neuen Konzept des BMZ versuchen wir entwicklungspolitisch Stellung zu beziehen.

Unsere Forschungsarbeiten laufen dessen ungeachtet mit großer Intensität weiter. Mehrere Anträge an wissenschaftliche Fördereinrichtungen sind unterwegs bzw. werden vorbereitet. Wir freuen uns sehr, einen Großauftrag zur Evaluierung des Georg Forster-Stipendienprogramms der Alexander von Humboldt-Stiftung (bezogen auf Stipendiaten aus Entwicklungsländern) eingeworben zu haben.

Wir hoffen, Sie bei einer unserer kommenden Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.



Heribert Weiland  
Direktor des ABI

Gewiss: Konstruktive Schritte auf die Opfergruppen zu erfordern neben Sensibilität auch diplomatische Kreativität, die geeignet ist, direkte Kontakte mit der Achtung der namibischen Souveränität zu verbinden. Bisher werden damit verbundene Schwierigkeiten jedoch für Schutzbehauptungen benutzt, um einem ernsthaften Dialog aus dem Weg zu gehen. Letztlich reproduziert die Bundesregierung damit das koloniale Verhältnis: Sie befindet sich in der Täterposition und nimmt es sich dennoch heraus, die Regeln zu bestimmen.

Zu den Aufgaben einer kritischen Wissenschaft gehört es, Einspruch dagegen zu erheben. Die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen anlässlich der Übergabe der Schädel in Berlin und anderswo geben Anlass zu der Hoffnung, dass die Einsprüche vielstimmig bleiben und der notwendige Druck auf die Bundesregierung nicht so bald nachlassen wird. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ergeben sich wichtige Herausforderungen. Diese liegen nicht zuletzt in der gründlichen Auseinandersetzung mit Konzepten der Versöhnung und „Reparation“ zwischen Gesellschaften und der Vergangenheitspolitik. Die unterschiedlichen politischen Optionen und Strategien, zu denen immer auch Vergessen sowie Erinnern und Gedenken gehörten, gilt es gegeneinander abzuwägen. Wie gerade das namibische Beispiel unterstreicht, sollte dabei nie die Verpflichtung unterschlagen werden, auf diejenigen zu hören, die aus der Opferposition heraus sprechen.

**Reinhart Kößler ist Professor für Soziologie und arbeitet seit 2006 am ABI. Er koordiniert das VW-Projekt „Reconciliation and social conflict in the aftermath of large-scale violence in Southern Africa: the cases of Angola and Namibia“ und ist seit vielen Jahren Vorstandsmitglied der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA) e. V., Bonn. Zu demselben Thema ist von Reinhart Kößler und Heiko Wegmann ein Artikel in Die Zeit (13. Okt. 2011) erschienen: <http://www.zeit.de/2011/42/Schaedelsammlungen>.**

## Interview

### CHANCEN SCHAFFEN – MINDS FOR CHANGE

Direktor Heribert Weiland und Mitarbeiterin Kerstin Priwitzer im Gespräch

*Am 3. August 2011 hat Entwicklungsminister Dirk Niebel ein neues Konzept zur deutschen Entwicklungspolitik vorgelegt: „Chancen schaffen – Minds for Change. Zukunft entwickeln – Enhancing Opportunities“. Die Reaktionen fielen sehr unterschiedlich aus.*

**Herr Weiland, Sie waren am 26. September zu einer Expertenrunde in Bonn eingeladen, um das neue entwicklungspolitische Konzept der Bundesregierung zu kommentieren. Wer waren die anderen Gäste? Wie war die Stimmung?**

Es war ein Forum von etwa 20 Wissenschaftlern von Universitäten und entwicklungspolitischen Instituten. Wie man sich denken kann, herrschte ein kritischer Tenor vor. Dieser bezog sich einerseits auf die politischen Hintergründe, andererseits vor allem auf inhaltliche Aspekte des vorgelegten Papiers.



Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.bmz.de/zukunftskonzept/](http://www.bmz.de/zukunftskonzept/)

Lesen Sie auch die Stellungnahme von VENRO:

[www.venro.org](http://www.venro.org) – Niebels Alleingang

**Welche Akzente setzt das „neue“ Konzept der Regierung? Was für ein entwicklungspolitisches Leitbild liegt dem Konzept zugrunde?**

Interessant ist, dass sich das neue Konzept in seiner Präsentation grundlegend von den Papieren der Vorgängerregierung unterscheidet. Es ist auf das breite Publikum ausgerichtet, lesefreundlich geschrieben und mit vielen Schlagwörtern versehen: Es ist von *zukunfts-fähiger Entwicklung*, von *Innovationspotenzialen*, von *Ressourceneffizienz* und vom *Chancenkontinent Afrika* die Rede. Kein Wunder, dass Kritiker diese Begrifflichkeiten hinterfragen. Das Leitbild ist eindeutig modernisierungsorientiert: „Wir schaffen mit unserem Wissen und mit mehr Investitionen eine *bessere Welt*“.

**Kann man von einem Paradigmenwechsel sprechen oder ist es nur alter Wein in neuen Schläuchen?**

Paradigmenwechsel wäre übertrieben. Unsere Entwicklungspolitik wird nach wie vor von einem Konsens aller Parteien getragen, der auch hier das Festhalten an den bisher geltenden entwicklungspolitischen Grundsätzen wie Eigenverantwortung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Good Governance bedeutet. Neu ist, wie nicht anders zu erwarten, die starke Betonung von Marktorientierung und Unternehmertum, aber auch in stärkerem Maße als bisher das Hervorheben unserer eigenen deutschen Interessen in der Entwicklungspolitik.

**Wie wurde das Konzept aufgenommen? Welche Kritikpunkte gab es? Können Sie die Kritik nachvollziehen? Welche Position vertreten Sie?**

Wie erwähnt, mit Kritik wurde nicht gespart. Bemängelt wurde vor allem, dass dem Konzept

eine solide Analyse fehlt, die die neueren Entwicklungen der Post-MDG-Phase und der Post-Aid-Agenda sowie der Post-ODA-Debatte ausreichend berücksichtigt. Die mit der wachsenden Weltbevölkerung immer dringlicher werdende Diskussion zur landwirtschaftlichen Entwicklung fehlt völlig. Mir persönlich scheint das vorgelegte Konzept über die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen als zu optimistisch und mit neuem Know-how als zu leicht beherrschbar einzuschätzen. Die anstehenden Schwierigkeiten und Konflikte werden mit vielen guten Vorsätzen und Versprechungen beiseite gefegt. Andererseits muss anerkannt werden, dass das geschickt aufgemachte Papier mehr Interesse und Unterstützung für Entwicklungspolitik weckt als bisherige Papiere dieser Art. Mehr Verpackung als Inhalt – aber erfolgreich.

---

# ProjektNews

## Entwicklungspolitik hautnah erfahren

---

Direktor Heribert Weiland berichtet von seinem EDP Aufenthalt in Uganda

---

Im Juli 2011 hatte ich Gelegenheit, an einem Exposure- und Dialogprogramm (EDP) der kirchlich getragenen Menschenrechtsorganisation „Justitia et Pax“ teilzunehmen, das uns für eine Woche ins ländliche Uganda entführte, um vor Ort das Leben einer bäuerlichen Familie an der Basis kennen und verstehen zu lernen. Mit dem Konzept „Eintauchen in die reale Welt der Armen“ – diesmal auf die Zielgruppe „Ländliche Bevölkerung in Afrika“ bezogen – wendet sich das EDP vor allem an hohe Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, um das Verständnis und die Sensibilität für entwicklungspolitische Fragen zu erhöhen. Mit großem Erfolg. In zunehmendem Maße unterziehen sich Parlamentarier, Banker, hohe kirchliche Würdenträger (diesmal ein Bischof), Ministerialbeamte und Wissenschaftler bewusst den Strapazen der Exposure-Programme und erleben dabei hautnah die Lebenswelt der südafrikanischen Aidskanken, der indischen Tagelöhner oder der Plantagenarbeiter in Lateinamerika. Nach vier Tagen Exposure in einer betroffenen Familie, die zu intensivem Erfahrungsaustausch, auch emotionaler Natur führen, folgt dann eine Reflexions- und Diskussionsphase in der gesamten Gruppe (diesmal 15 Personen), die auf verschiedene Familien verteilt waren.

Nach 40 Jahren Beschäftigung mit Afrika als Wissenschaftler und „Entwicklungsexperte“ mit vielen Studienaufenthalten vor Ort, glaubte ich, afrikanische Verhältnisse gut zu kennen. Dieser Aufenthalt hatte jedoch etwas Besonderes, weil er unter einer spezifischen Fragestellung stand und sehr persönlich ausgerichtet war. Vier Tage tauchten wir völlig ein in die Welt der gastgebenden Familie und lernten dort ihr tägliches Leben kennen. Wir schliefen und aßen im gleichen Haus. Morgens wurde uns die Hacke oder die Machete in die Hand gegeben, um bis in den Nachmittag hinein auf der Kaffee- und Bananenplantage zu arbeiten. Dann wurde das Essen auf einer Feuerstelle zubereitet, verbunden mit den vielen aus unserer Sicht schon lange mechanisierten und zeitaufwendigen Aktivitäten, wie Holzhacken, Erdnusstampfen, oder Wasserholen von einem mehr als einem Kilometer entfernten Wasserloch. Sicherlich be-



mühten sich die Familien, die von der Caritas Kasanaensis in Uganda ausgesucht und auf den Besuch aus Europa vorbereitet waren, für uns besondere Gastgeber zu sein und uns mit kleinen Extras wie Wasserflaschen und Moskitonetzen das Leben erträglicher zu machen. Doch teilten wir den ganz normalen Alltag mit ihnen. Es war eine sehr eindrückliche Erfahrung, die jedoch weniger durch den Grad der vermeintlichen Entbehrungen, als vielmehr durch die Vielzahl der Gespräche und durch unvergessliche Eindrücke aus dem Tagesablauf des afrikanischen Kleinbauern geprägt war. Wer nachhaltige, partnerschaftliche Entwicklungspolitik betreiben will, tut gut daran, den „Partner“ in seiner Umgebung vor Ort kennen zu lernen. Damit erschließt sich ein völlig anderer, häufig vernachlässigter Zugang zum entwicklungspolitischen Tagesgeschehen.

## Herbsttagung „Migration und Demokratie“ des AK Migrationspolitik der DVPW vom 7.-9. Oktober 2011

Die beiden ehemaligen PraktikantInnen Luisa Seiler und Liam Patuzzi berichten

Der Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie wurde bisher in der Forschung nur vereinzelt erfasst. Aus diesem Grund fand die dritte und letzte Konferenz des Arbeitskreises Migrationspolitik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in diesem Jahr vom 7. bis 9. Oktober in der Ruhe und Idylle des Studienhauses Wiesneck mit logistischer Unterstützung des ABI und unter der Regie des ABI-Mitarbeiters *Stefan Rother* statt. Nach der Begrüßung durch die Sprecher des Arbeitskreises *Stefan Rother* (ABI) und *Roswitha Pioch* (Fachhochschule Kiel) eröffnete der ehemalige Direktor des ABI und anerkannte Migrationsexperte *Dieter Oberndörfer* mit einem Vortrag zum Thema „Migration und Demokratie in den Zielländern“ die Konferenz. Das Abendpanel behandelte die politische Partizipation von MigrantInnen in Deutschland und im Ausland. Am zweiten Tag erweiterte *Axel Schulte* (Universität Hannover) das Themenspektrum mit einem Vortrag zu den Wechselbeziehungen zwischen Demokratie und Integrationspolitik, indem er in Anlehnung an Norberto Bobbio die normativen Aspekte einer menschenrechtsbasierten Integrationspolitik betonte.



ABI Mitarbeiterin Nicola Piper



ABI Mitarbeiter Sebastian Ennigkeit und Stefan Rother

In dem darauf folgenden Panel wurde der Diaspora-Begriff thematisiert, danach in zwei Parallelgruppen das Thema „Migration und Demokratie in den Zielländern“ diskutiert, wovon eine vor allem die Situation in Deutschland und Frankreich in den Blick nahm und die andere sich mit der Ausweitung von politischen Rechten wie dem Wahlrecht von Migranten beschäftigte. Im darauffolgenden Panel „Sozialisation und Demokratie?“ ging es mit einer Untersuchung jener Sozialisationsprozesse weiter, die in Aufnahmeländern zur demokratischen Erziehung von Einwanderern beitragen sollen.

Am dritten Tag leitete *Nicola Piper* (ABI) mit einem Vortrag das Thema „Migration und Demokratie: ein Rechte-basierter Ansatz“ ein. Dabei skizzierte sie auf globaler Ebene die grundlegenden Prinzipien (Bewegungsfreiheit, aber auch das Recht *nicht* zu migrieren), die gegenwärtigen Erscheinungsformen und das Potential eines Rechte-basierten Ansatzes. Internationale Migrantenorganisationen und Gewerkschaften stellen hier laut Piper eine wichtige Hoffnung dar.

Die Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, sowohl eine erste Bestandsaufnahme der vielfältigen Verbindungen zwischen Demokratie und Migration zu liefern, als auch eine weitere konzeptionelle wie empirische Erforschung des Themenbereichs anzustoßen. Drei große Bereiche wurden thematisiert: Der Einfluss von Migration auf die demokratische Entwicklung der Herkunftsländer einschließlich der Diaspora-Forschung, Migration und Demokratie in den Zielländern mit Blick auf Staatsbürgerschaftskonzepte und Partizipationsmöglichkeiten sowie Migration und Demokratie als Rechte-basierter Ansatz, der Migranten als globale Akteure der Demokratisierungsbewegung erkennt. Die Konferenzergebnisse werden in einem Sammelband nachzulesen sein.

# Termine

## FREIBURGER FORUM FÜR ENTWICKLUNGSFRAGEN

in Kooperation mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit  
Baden-Württemberg und dem Colloquium Politicum

### **Stockende Revolutionen Bringt der „Arabische Frühling“ den demokratischen Umbruch?**

Montag, 7. November 2011, 19 Uhr c.t.  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Aula, Kollegengebäude I

sez



Stiftung Entwicklungs-  
Zusammenarbeit  
Baden-Württemberg

Termin wurde aufgrund der Erkrankung des Hauptreferenten auf den **16. Februar 2012** verschoben.



Prof. Dr. Peter Eigen

### **Gute Regierungsführung für eine globale Wirtschaft Der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft im Kampf gegen die Korruption**

Montag, 5. Dezember 2011, 19 Uhr c.t.  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Aula, Kollegengebäude I

## Ressource Afrika –

### **Zwischen ökonomischer Ausbeutung und politischem Aufbruch**

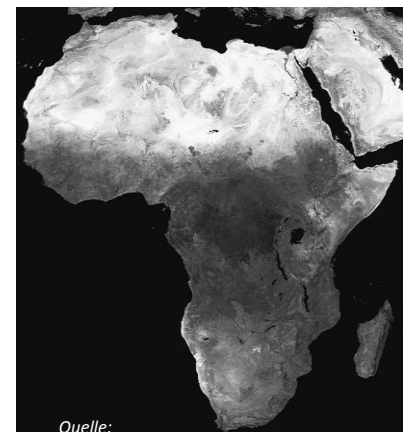
Zwischen ökonomischer Ausbeutung und politischem Aufbruch: In diesem Spannungsfeld steht die Vortragsreihe, die das *Colloquium politicum* in Zusammenarbeit mit dem ABI zum Thema „Ressource Afrika“ veranstaltet. Die global gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen hat in den vergangenen Jahren zu einem neuen Wettlauf um Afrikas Ressourcen geführt. Die verstärkte externe Nachfrage nach afrikanischen Rohstoffen birgt sowohl wirtschaftliche und politische Chancen als auch Gefahren neuer Abhängigkeiten, Ausbeutung und lokaler Konflikte. Das Management des afrikanischen Ressourcenreichtums gewinnt damit entscheidend an Bedeutung. Die Vortragsreihe setzt sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Problem des Ressourcenmanagements auseinander.

Nach einem ersten gut besuchten Vortrag von **Professor Dr. Robert Kappel** zu „**Afrika vor dem Aufbruch**“ (Präsident, German Institute for Global and Area Studies, GIGA, Hamburg) am **10. November** möchten wir Sie gerne noch auf die folgenden Termine hinweisen:

Donnerstag / 24. November 2011 / 20 Uhr c.t. / HS 1199, KG I

**Jana Leutner/Stefanie Rauscher** (GIZ)

**Resource Governance – Ansätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**



Quelle:

[http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Daei:Afrika\\_satellite\\_plane.jpg&filetimestamp=20050328004603](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Daei:Afrika_satellite_plane.jpg&filetimestamp=20050328004603)

Donnerstag / 2. Februar 2012 / 20 Uhr c.t. / HS 1199, KG I

**Dr. Henning Melber** (Direktor, Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala)

**China und der neue Wettlauf um Afrikas Ressourcen**

Donnerstag/ 09. Februar 2012 / 20 Uhr c.t. / HS 1199, KG I

**Dr. Steffen Niemann** (Helmholtz Zentrum für Umweltforschung, Magdeburg)

**Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM) - ein Konzept und seine Anwendung in Afrika**

---

# Publikationen

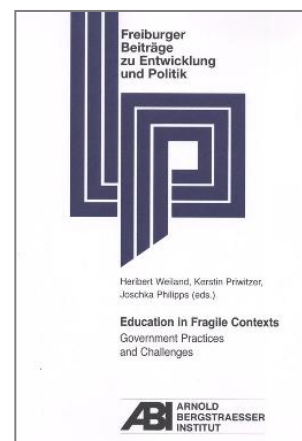
Heribert Weiland / Kerstin Priwitzer / Joschka Philipps (Hrsg.)

**Education in Fragile Contexts. Government Practices and Challenges**

2011, 230 S., € 15,- (978-3-928597-62-3)

*(Freiburger Beiträge zu Politik und Entwicklung, Band 39)*

What is the relationship between education and fragility? Can education play a supportive role in conditions of fragility, or does it do more harm than good? How can educational measures be conceptualized and implemented to initiate a “turn-around” out of a deep crisis? And how do local and international political actors impact formal and informal education in complex fragile contexts? This volume addresses such urgent questions by combining theoretical reflection, case studies, and policy-related articles to take the emerging debate on education in contexts of fragility one step further. Cases include the war-torn societies of Sri Lanka, Pakistan, Guinea as well as the so-called quintessential fragile states – the Democratic Republic of the Congo, Somalia and Afghanistan. The contributors to this reader are both academics and practitioners, synthesizing research and first-hand knowledge of the field. It therefore provides insights for development practitioners and scholars alike.



Alle ABI-Publikationen können Sie gerne direkt bei uns direkt per Email ([abifr@abi.uni-freiburg.de](mailto:abifr@abi.uni-freiburg.de)) oder telefonisch bestellen (0761-88878-0).

Helga Dickow: „**Strebsam und gemeinschaftsorientiert. Neue Pfingstkirchen in Südafrika**“, in: Herder Korrespondenz 65(2011)9, S. 475-479

Auch in Südafrika nimmt in der vielfältigen religiösen Landschaft die Bedeutung neuer pfingstlich-charismatischer Kirchen zu. Wie jetzt eine groß angelegte Untersuchung zeigt, sind die Anhänger dieser Kirchen nicht nur hoch religiös, sondern legen auch noch viel Wert auf Aufstieg und Leistung. Sie bilden ein beträchtliches Potenzial im Post-Apartheid-Südafrika.

## IMPRESSUM V. i. S. d. P. / Herausgeber:

Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung e.V.  
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Windausstr. 16, D-79110 Freiburg im Breisgau

Tel.: +49-(0)761-88878-0, Fax: +49 (0)761-88878-78, [abifr@abi.uni-freiburg.de](mailto:abifr@abi.uni-freiburg.de)